

10-jähriges Jubiläum der Zusammenarbeit im deutschsprachigen Raum

Spitzentreffen der Lehrer-D-A-CH-Verbände am 21. und 22.09.2017 in Hamburg

Offene Worte, dafür kennt man Ties Rabe, Senator für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg. Auch in der Runde mit den Vertreterinnen und Vertretern der Lehrgewerkschaften aus der Schweiz (Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH), aus Österreich (GÖD-aps) und dem VBE aus Deutschland überzeugte er mit pragmatischen Ansätzen.

Die Zusammensetzung der Schülerschaft ändert sich stark. So hat durchschnittlich jedes dritte neu eingeschulte Kind einen Migrationshintergrund, in Hamburg liegt die Quote bei den Neueingeschulten bei über 50 Prozent. Senator Rabe betonte, dass es darauf ankomme, durch gezielte Maßnahmen zu erreichen, dass alle Kinder in der Schule gleichermaßen profitieren können. Als zentral hierfür stellte er den Ausbau der Ganztagschule heraus. Diese habe eine stark integrative Kraft, denn es werden über den Unterricht hinaus viele Angebote gemacht und alle Kinder haben die Möglichkeit, diese wahrzunehmen. So werden die Bildungschancen der Kinder unabhängig von dem Bildungs- und sozio-ökonomischen Hintergrund ihrer Eltern. Und nicht zuletzt ermöglichen Ganztagschulen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern. Bei dem Thema „Bildung in der digitalen Welt“ verwies Senator Ties Rabe auf die vielen Herausforderungen, so fehle zum Beispiel die Infrastruktur. Zudem sei es schwierig, passgenaue Fortbildungen in ausreichender Anzahl anzubieten.



Nach dem Gespräch mit Senator Rabe tauschten sich die Teilnehmenden zu weiteren bildungspolitischen Themen aus. Interessant ist stets, wie unterschiedlich die jeweilige Politik mit den anstehenden Herausforderungen umgeht – und wie einig sich die Lehrgewerkschaften zu den notwendigen Maßnahmen sind. Da liegt es nahe, dass für die Zukunft eine noch engere Zusammenarbeit vorgesehen wurde.

Die drei Lehrerverbände aus der Schweiz, Österreich und Deutschland verabschiedeten gemeinsam die „Hamburger Erklärung zu klaren Regelungen für Sponsoring an Schulen“.

(www.vbe.de/international/hamburger-erklaerung-zu-sponsoring.html)

Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen und hoher Anforderungen von Politik und Gesellschaft fordern LCH, GÖD-aps und VBE:

1. Die Politik darf sich durch das Erlauben von Sponsoring an Schulen nicht aus ihrer Finanzierungspflicht entziehen.

Der Staat muss die ausreichende Finanzierung aller Schulformen und Schulstufen sichern, so dass alle von Politik und Gesellschaft an Schule herangetragenen Aufgaben erfüllt werden können und Bildungschancen unabhängig vom Wohnort und dem sozialen Status der Eltern gewährleistet sind.

2. Der Primat des Pädagogischen gilt.

Schulen haben einen in der Verfassung verankerten Bildungs- und Erziehungsauftrag. Alle Maßnahmen, die gemeinsam mit Dritten initiiert und durchgeführt werden, müssen sich diesem unterordnen, dürfen diesem nicht entgegen laufen und müssen ihn in geeigneter Form unterstützen.

3. Wir brauchen verbindliche Regelungen für das Sponsoring an Schulen.

Es braucht klare und verlässliche Strukturen und Leitlinien, unter denen Sponsoring möglich ist. Die Verantwortungs- und Entscheidungslast auf die Schulen zu übertragen, führt zu einer weiteren Ausdehnung ihres Aufgabengebietes und damit zu Mehrarbeit und einem erhöhten Administrationsaufwand. Ohne Regelungen erhöht sich zudem das Risiko einer punktuellen Förderung. Dies provoziert Verwerfungen zwischen Schulformen, Schulstufen und Schulstandorten im Bezug auf Bildungschancen.

Jetzt anmelden für den Deutschen Lehrertag am 9.11.2017 in Dortmund

Lehrer sind hoch motiviert und engagiert – trotz der widrigen Bedingungen. Ganz im Sinne dieser positiven Grundeinstellung steht der Deutsche Lehrertag am 9.11.2017 in Dortmund unter dem Motto „Schule 2017 – Vom Umbruch zum Aufbruch?!“. Das Vorstandsmitglied des Clubs der Optimisten, Prof. Dr. Jens Weidner, spricht über „Optimismus. Warum manche weiterkommen als andere.“. Außerdem können sich die Teilnehmenden aus 30 Angeboten die für sie relevanten Themen für die drei Veranstaltungsrunden zusammenstellen. Und zum Abschluss präsentieren wir Han´s Klaffl mit einem kabarettistischen Fazit.

Melden Sie sich noch heute unter www.deutscher-lehrrtag.de an.



VBE macht bildungspolitische Standpunkte im Gespräch mit BDA deutlich



„Schule soll...“, „Schule muss...“, „Schule hat die Pflicht...“. Täglich werden Anforderungen an Schule formuliert, die viele unterschiedliche Interessen repräsentieren. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat ebenfalls eine solche Vision veröffentlicht. Die Publikation „Bildung 2030“ war Anlass für den Bundesvorsitzenden des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, und die stellvertretende Bundesvorsitzende des VBE für Schulpolitik, Simone Fleischmann, mit dem BDA ins Gespräch zu kommen. Sie tauschten sich mit Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, und Dr. Barbara Dorn, Leiterin der Abteilung Bildung, am 30.8.2017 in Berlin aus.

Beckmann stellte vor allem heraus, dass die formulierten Anforderungen erst eingelöst werden können, wenn endlich wieder genügend Lehrkräfte auf dem Markt seien. Die Beteiligten waren sich einig, dass die Länder und die Kultusministerkonferenz wieder einen Normalzustand herbeiführen müssen. Die Notsituation des Lehrermangels dürfe nicht zum Dauerzustand werden. Zudem bestand Einigkeit darüber, dass solange Lehrkräfte fehlten und deshalb Seiteneinsteiger eingestellt würden, diese nur gut qualifiziert vor die Klasse treten dürfen.

Außerdem brachte Simone Fleischmann das Thema „Eigenverantwortliche Schule“ ein. Dieses Konzept dürfe jedoch nicht darauf hinauslaufen, dass die Aufgaben auf Schule abgewälzt würden und diese dann „Mangelverwaltung“ betrieben. Eine eigenverantwortliche Schule braucht eine solide Grundausstattung, zusätzliche Stellen für das Back-Office und Zeit für Konzeption und Strategie der Schule. Hierfür brauche es auch eine gezieltere Vorbereitung und Fortbildung der Schulleitungen.

BDA, Montag Stiftung und VBE für ein neues Förderverständnis im Schulbau

Der VBE ist sich mit der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft und dem Bund Deutscher Architekten einig. Zusammen fordern sie zentrale Kriterien für die Förderung von Investitionen in den Schulbau und die -sanierung. Der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, betont: „Der Raum ist der 3. Pädagoge. Schulbau, -sanierung und -modernisierung darf daher nicht an reiner Quantität bemessen werden, sondern muss darauf ausgerichtet sein, pädagogisch hochwertigen Unterricht in geeigneter Weise zu unterstützen.“ Aus diesem Grund muss die Förderung von Investitionen in den Schulbau neu ausgerichtet werden. Es braucht zuerst eine einfache Förderkulisse mit zentralen Ansprechpartnern. Für die Förderung relevant muss sein, dass Innovation belohnt wird, Schulbau als Schulentwicklungsprozess verstanden wird und alle Beteiligten eingebunden werden, weswegen die „Phase Null“ verbindlich werden soll. Außerdem soll gefördert werden, dass nachhaltig geplant und gebaut wird, die Einbindung in das Quartier mitgedacht wird und eine stetige Evaluierung stattfindet. Das aktuelle Positionspapier finden Sie auf den Seiten des VBE unter: www.vbe.de/angebote/leitlinien-schulbauten.html

EuGH stellt klar: Beförderung bleibt trotz Elternzeit erhalten

Wer eine höhere Position angeboten bekommen hat, aber in Mutterschutz oder Elternzeit geht, darf diese oder eine gleichgestellte Position auch nach der Rückkehr einnehmen. Im konkreten Fall lag der Fokus insbesondere auf dem Punkt, dass die klagende Frau die Probezeit nicht wahrnehmen konnte, da sie bereits in Mutterschutz war und später Elternzeit nahm. Der Europäische Gerichtshof stellte jedoch klar, dass diese Regelung immer gilt – also auch, wenn es sich um ein Beförderungsverhältnis „auf Probe“ handelt. Und: Selbst wenn die höhere Position wegen der Abwesenheit anderweitig vergeben wurde, muss eine adäquate andere Stelle gefunden werden.

Jutta Endrusch, Bundessprecherin der Frauen im VBE stellt dazu fest: „Es ist wichtig, dass Eltern mit dieser Entscheidung der Rücken gestärkt wird. Noch immer müssen sich Frauen zwischen Karriere und Kindern entscheiden. Das Urteil ist da ein wichtiges Signal, zu sagen: Wenn jemand vor dem Kinderkriegen eine gute Kraft war, wird das auch nach der Elternzeit so sein.“

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE